



Studium mit
staatlicher
Unterstützung

BAföG

**40
Jahre**

Eine Erfolgsgeschichte

Bundesausbildungsförderungsgesetz – ein bürokratisch anmutendes Wortungetüm, zugegeben, aber dahinter steckt etwas zutiefst Gutes, Sympathisches, Richtiges. Das vergisst man leicht, wenn man über dicke Anträge, zu viel Bürokratie oder unzureichende Bedarfssätze schimpft.

Hinter dem sperrigen Begriff steckt der gesellschaftliche Konsens, dass alle, die geistig das Zeug dazu haben, aber nicht die nötigen Mittel, auch studieren können müssen. Es darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, ob es jemand in Deutschland an die Hochschule schafft oder nicht. Das galt 1971, als das BAföG beschlossen wurde, und das gilt 40 Jahre später genauso.

„Das BAföG ist ein Herzstück unseres Sozialstaats und eine kulturelle Errungenschaft“

Als 1971 die Bundesregierung unter Willy Brandt das BAföG einführt, war es getragen vom Konsens aller Parteien, vom Konsens einer Gesellschaft, die Wert auf Bildung legt und die will, dass Bildung allen zugutekommt. Ein Rechtsanspruch auf Ausbildungsförderung – das war etwas grundlegend Neues. Das gesellschaftliche Bewusstsein dafür, wie wichtig Bildung ist, scheint mir heute ausgeprägter denn je. Für die Leitideen von sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Aufstieg durch Bildung müssen wir heute aber wieder richtig kämpfen.

„Das BAföG ist nicht sexy – aber das muss es auch nicht sein“

Studium mit staatlicher Unterstützung

BAföG

40 Jahre

Ich sage: Wohl dem Land, das ein Bundesausbildungsförderungsgesetz hat! Das BAföG ist eine kulturelle Errungenschaft unseres Landes, es ist ein Herzstück unseres Sozialstaats. Das BAföG ist eine Erfolgsgeschichte: 3,5 bis vier Millionen Menschen haben dank BAföG in den vergangenen 40 Jahren studieren können – ich übrigens auch.

„Für Werte wie Chancengleichheit oder Aufstieg durch Bildung muss man heute stärker kämpfen als 1971“

Ja, klar, man muss das BAföG weiterentwickeln, reformieren, noch besser mit dem Bologna-Prozess synchronisieren. Aber man muss es auch hegen und pflegen – und ab und an einmal würdigen. Dazu ist der 40ste Geburtstag ein guter Anlass.

Rolf Dobischat
Präsident des Deutschen Studentenwerks

Renate Künast, 55, Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Studium der Sozialarbeit und Rechtswissenschaften

„Dass ein Studium in Deutschland nicht vom dicken Geldbeutel der Eltern abhängen darf, ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit und Bildungschancen für alle. Ich war als Studentin froh, BAföG zu kriegen, sonst wäre mir vieles versperrt geblieben.“



Foto: Bündnis 90/Die Grünen, Stefan Kaminski

Thomas Gottschalk, 61, Radio-/Fernsehmoderator und Schauspieler, Studium der Germanistik und Geschichte

„Ich komme selbst aus einer Familie, die auf Hilfe des Sozialstaates angewiesen war und habe nur mit BAföG und Studienbeihilfe meine Ausbildung abschließen können. Das erfüllt mich bis heute mit einer gewissen Dankbarkeit, aber auch Verantwortung diesem Staat gegenüber.“



Foto: picture-alliance/Schöndorfer

Ulla Burchardt, 57, SPD, Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages, Studium der Pädagogik, Sozialwissenschaften und Psychologie

„Ich war damals sehr froh, während meines Studiums BAföG zu bekommen. Ich sehe es als Herausforderung und Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass der Staat auch künftige Generationen unterstützt.“



Foto: Bodo Goetze

Ich habe BAföG bekommen

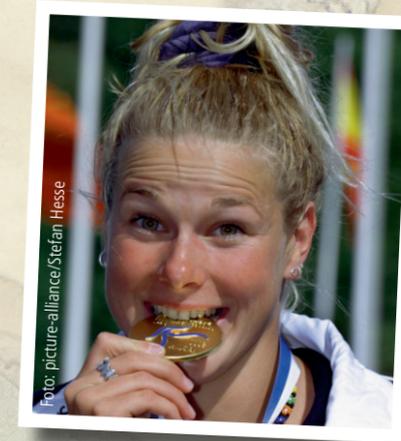


Foto: picture-alliance/Stefan Hesse

Peggy Büchse-Dietrich, 38, mehrfache Weltmeisterin im Langstreckenschwimmen, Magister in Sport- und Erziehungswissenschaften

„Ich bin froh, dass ich in meiner Ausbildung durch BAföG unterstützt wurde. Da wir drei Geschwister sind und alle studieren wollten, wäre es meinen Eltern allein nicht möglich gewesen, das Studium zu finanzieren.“



Foto: ullstein bild/Dagmar Schertl

Ali (Alexander) Zieme, 40, Schlagzeuger der Band „Die Prinzen“, Musikstudium

„Das BAföG ist eine gute Sache, und als ehemaliger BAföG-Empfänger freue ich mich, nun dem ‚System Chancengleichheit‘ etwas zurückgeben zu können.“



Foto: BMBF/Laurence Chaperon

Annette Schavan, 56, Bundesministerin für Bildung und Forschung, Studium der Erziehungswissenschaften, Philosophie und Katholischen Theologie, Promotion in Philosophie

„Die BAföG-Förderung hat mich zum Studium ermutigt und zur Finanzierung meines Studiums in den ersten Semestern beigetragen, bevor ich ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung erhielt.“

1924 Die **Reichsfürsorgepflichtverordnung** ermöglicht erstmals staatliche Zahlungen an Studierende: Wer wenig verdient und „besonders gute Ausbildungsleistungen“ vorweist, bekommt Geld von seiner Gemeinde.

Zeitleiste: Armin Himmelrath
Fotos: ullstein bild; ullstein bild, Erich Engel, dpa, Berlin-Bild, Imagno (v.l.n.r.)

1951 Das Deutsche Studentenwerk befragt erstmals die Studierenden zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage. Ergebnis: Viele sind auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

1953 Bund und Länder einigen sich auf das **Honnefer Modell**: Gefördert werden Studierende der Universitäten mit besonders guten Leistungen. Parallel wird mit dem **Rhöndorfer Modell** staatliche Unterstützung für Studierende an Kunst-, Musik- und Pädagogischen Hochschulen eingeführt – hier zahlen nur die Länder.

1968 Die Studentenbewegung verdrängt den Muff unter den Talaren – und fordert gesellschaftliche und universitäre Reformen wie die Öffnung der Hochschulen, die in den Folgejahren auch umgesetzt werden.



1969 Die große Koalition unter Kanzler Kurt Kiesinger (CDU) und Willy Brandt (SPD) ändert das Grundgesetz: Der Bund darf jetzt „die Regelung der Ausbildungsbeihilfen“ übernehmen.

1971 Das **Bundesausbildungsförderungsgesetz** tritt in Kraft, ausgezahlt wird das BAföG erstmals am **1. Oktober 1971**. Zum ersten Mal besteht ein Rechtsanspruch auf Ausbildungsförderung. Die geförderten Studierenden müssen zunächst nichts zurückzahlen, doch ab 1974 wird trotz heftiger Proteste ein Darlehensanteil eingeführt.



Foto: picture-alliance / Konrad Giehr
1968: Ausschreitungen bei einer Demonstration der APO.



Foto: ullstein bild / Wetzorek
1967: Demonstrationen zum Tod von Benno Ohnesorg.

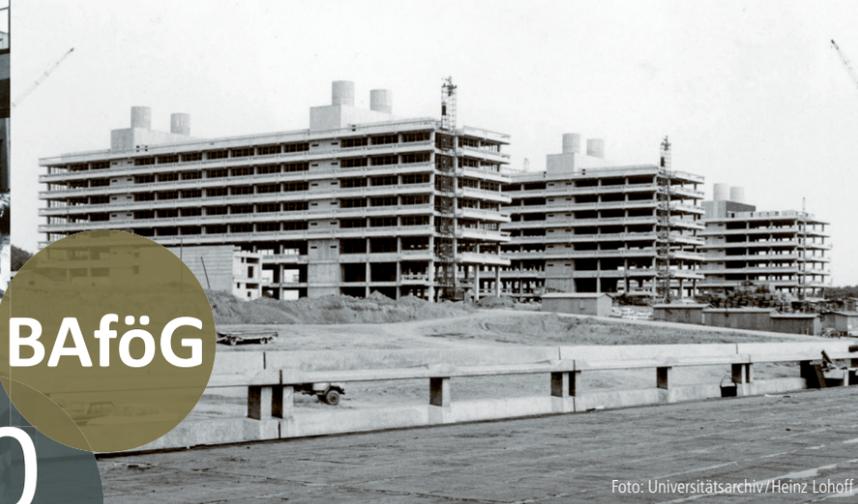


Foto: Universitätsarchiv / Heinz Lohoff
1964: Bau der Ruhr-Universität Bochum.

Studium mit staatlicher Unterstützung

BAföG

40 Jahre

Die 68er als Wegbereiter

1971 wurde das BAföG eingeführt. Es löste das Honnefer Modell ab. In den Jahren zuvor gab es massive Studierendenproteste in Deutschland – die auch Auswirkungen auf die Hochschulen hatten.

Es war eine unruhige Zeit: Mitte der 1960er Jahre protestierte die „außerparlamentarische Opposition“ (APO) massiv gegen die politisch Mächtigen von SPD und CDU/CSU. Seit 1966 regierten Vertreter der beiden Parteien gemeinsam in der Großen Koalition, eine kleine Opposition aus FDP-Politikern konnte ihr nur wenig entgegensetzen. Zur APO gehörten Studierende, Schüler, Lehrlinge, Intellektuelle und Künstler. Sie protestierten unter anderem gegen die sogenannten Notstandsgesetze, durch die die Grundrechte der Menschen bei inneren Unruhen oder im Verteidigungsfall aufgehoben werden konnten. Die Sorge der Protestler war, dass durch das politische Ungleichgewicht ein totalitärer Staat entstehen könnte.

Die Studierendenproteste fanden nicht nur in Deutschland statt, auch in Frankreich und den USA gingen die Studierenden auf die Straße. In Deutschland erreichten sie einen traurigen Höhepunkt mit dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg. Er starb durch einen Schuss in den Hinterkopf während

des Besuchs des Schahs von Persien am 2. Juni 1967 in Berlin. Viele waren schockiert – auch darüber, dass Karl-Heinz Kurras, der Polizeibeamte, der den Schuss abgegeben hatte, freigesprochen wurde.

Doch auch die Hochschulen mussten sich Kritik gefallen lassen. Die Studierenden forderten die Öffnung der Hochschulen – Arbeiterkinder fanden Ende der 1960er Jahre kaum ihren Weg an die Universitäten. Bei einer Rektoratsübergabe an der Hamburger Universität im November 1967 sollte ein Spruch die Studierendenproteste prägen: „Unter den Talaren Muff von tausend Jahren“. Zwei Jura-Studierende hatten diesen Satz während der Feier enthüllt, nachdem die Professoren den Raum in schwarzen Roben und mit weißer Krause betreten hatten. Die beiden konnten noch nicht ahnen, dass sie damit ein Zeichen setzen sollten, das die weiteren Proteste begleitete. Immerhin: An den Hochschulen tat sich etwas. Es kam zu einer umfassenden

Reform des Hochschulwesens, bei der Kindern aus Arbeiterfamilien der Zugang zu den Hochschulen erleichtert werden sollte. Viele neue Hochschulen wurden gegründet. Im Ruhrgebiet entstanden zum Beispiel Ende der 1960er Jahre die Universitäten in Dortmund und Bochum. Später kamen in Nordrhein-Westfalen noch die Gesamthochschulen dazu, etwa in Essen, Duisburg und Wuppertal. Mit diesen und anderen neuen Ausbildungsstätten erhöhte sich die Zahl der Studierenden deutlich. 1965 waren rund 380.000 an den Hochschulen eingeschrieben, bis heute ist die Zahl auf über zwei Millionen gewachsen.

Von einer „enthusiastischen Stimmung“ sprechen die Studierenden der ersten Stunde dieser Hochschulen heute. Etwa der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge, der 1970 sein Studium in Bochum aufgenommen hatte: „Das galt vor allem für die Kommilitoninnen und Kommilitonen aus Arbeiterhaushalten, die vielleicht nur durch eine solche heimatnahe Universität die Möglichkeit hatten, ein Studium aufzunehmen.“ Das Interesse am Fach habe in diesen Jahren im Vordergrund gestanden – weniger die Prüfungen oder die Aussichten, später einmal Karriere zu machen. „Wir haben Veranstaltungen besucht, für die man heute wahrscheinlich keinen Studierenden mehr

gewinnen könnte“, sagt Christoph Butterwegge. Etwa den Lektürekurs „Das Kapital“ von Karl Marx, „da strömte man hin.“

Von einer „Aufbruchstimmung“ berichtet auch Klaus Neuvians, der erste offizielle Mitarbeiter der Universität Dortmund, der damals zuständig war für den Aufbau der Hochschulverwaltung, später wurde er Dezernent für akademische Angelegenheiten. Er kann sich noch gut an den Festakt im Dortmunder Stadttheater zur Eröffnung der Hochschule erinnern – der genau in die Zeit der Studierendenproteste fiel: „Einige der Studenten fingen an, Weihnachtslieder zu singen,“ sagt Klaus Neuvians, „die Leute waren empört und wollten sie verprügeln.“ Auch der damalige Bundespräsident Heinrich Lübke war anwesend, in der Universität war ein riesiges Polizeiaufgebot: „Das hat mich schon erschreckt, damals.“

Es war eine Zeit, in der die Studierenden mehr Mitspracherecht forderten und in der eine enorme Bildungsexpansion begann. Mit der neuen Koalition aus SPD und FDP wurden ab 1969 neue Reformen in Gang gesetzt: Die Bildungsausgaben verdoppelten sich, das BAföG löste das 1957 eingeführte Honnefer Modell ab. Damit wurde ein Rechtsanspruch auf Ausbildungsförderung eingeführt.

„Eine verlässliche Leistung“

Der BAföG-Experte August Blanke erinnert sich



Foto: privat

DSW: Herr Blanke, wie kommt es, dass Sie seit nunmehr 40 Jahren das BAföG begleiten und kommentieren?

Die „Ausbildungsförderung“ gehörte vom ersten (1968) bis zum letzten (1997) Tag meines Dienstes in dem jeweils zuständigen Bundesministerium zu meinen Aufgaben. Ich verstand sie von Anfang an als eine notwendige soziale Leistung zugunsten der ausbildungsfähigen und -willigen jungen Menschen, deren Eltern nicht in der Lage waren, die hohen Ausbildungskosten während der oft vieljährigen Ausbildungszeit aufzubringen. Die Mitwirkung an der gesetzlichen Gestaltung und die doch oft bestimmende Einflussnahme auf die Durchführung des BAföG empfand ich als faszinierende juristische Tätigkeit. Die Mitwirkung an der Kommentierung verschaffte mir einen zusätzlichen tiefen Einblick in die Auswirkungen rechtlicher Regelungen auf den Lebensalltag.

DSW: Welche Erinnerungen haben Sie persönlich an die „Erfindung“ des BAföG vor 40 Jahren?

Das BAföG war keine „Erfindung“, es war die wohlüberlegte und gut vorbereitete gesetzliche Regelung einer verlässlichen, einplanbaren Leistung eines Rechtsanspruchs. Mir steht noch lebhaft vor Augen, wie in einer abschließenden Ausschussberatung, die zugleich die Letzte in ihrer parlamentarischen Arbeit war, die Abgeordnete Martha Schanzenbach mit bewegter Stimme und feuchten

Ernst August Blanke
Der promovierte Jurist, 79, gilt als Geburtshelfer des BAföG und hat es als Bundesbeamter ein Berufsleben lang begleitet.

Augen bekannte, mit der gesetzlichen Regelung der Ausbildungsförderung sei ihr sozialpolitisches Lebensziel erreicht.

DSW: Was wünschen Sie sich für die Zukunft des BAföG?

■ Dass dieses Leistungsgesetz von so massiven finanzpolitisch motivierten Eingriffen wie der weitgehenden Aufgabe der Schülerförderung 1983 oder einer erneuten Umstellung der Förderungsart auf Vollدارlehen verschont bleiben kann.

■ Dass der Umfang wirtschaftlicher Nachbelastungen aus der Ausbildungsinsbesondere der Studienzeit einer eigenständigen Gestaltung der anschließenden Lebens- wie Berufszeit nicht entgegensteht. Diesen Appel richte ich gleichermaßen an diejenigen, die Darlehensmöglichkeiten einräumen wie auch an diejenigen, die sie in Anspruch nehmen.

■ Dass die wachsende Aufgabe der Integration von Migranten in unser Land und seine Kultur auch auf dem Gebiet der Ausbildungsförderung zunehmend wahrgenommen wird.

1972 In diesem Jahr werden 44,6 Prozent aller Studierenden mit BAföG-Zahlungen gefördert – ein Höchststand, der nie wieder erreicht wird. Bis 1981 sinkt die Förderquote auf 33 Prozent.

Fotos: ullstein bild: Mehner, Schneider, C.T. Fotostudio, B. Friedrich, Kucharz, Leber (v.l.n.r.)

1982 Oktober
Helmut Kohl wird Bundeskanzler. Seine Bildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) macht sich mit ihrem „BAföG-Kahlschlag“ unbeliebt: BAföG gibt es

nur noch als Vollدارlehen. Die Förderquote bricht bis 1989 auf 18,3 Prozent ein. Das Schüler-BAföG wird stark eingeschränkt



1987 März
Jürgen Möllemann (FDP) wird Bildungsminister, stellt das BAföG auf den Prüfstand und wandelt 1990 die Zahlungen um: Die eine Hälfte gibt es jetzt als zinsloses Darlehen, die andere als Zuschuss für die Studierenden.

1991 Januar
Nach der Wiedervereinigung wird erstmals auch an Studierende in den neuen Bundesländern BAföG ausgezahlt.

1998
Mit mageren 12,6 Prozent erreicht die BAföG-Förderquote ihren absoluten Tiefststand.

1999
In Italiens altherwürdiger Universitätsstadt Bologna wird der gleichnamige Reformprozess für die europäischen Hochschulen auf den Weg gebracht. Eines der Ziele: mehr internationale Mobilität von Studierenden.



seit
20
Jahren

**Barbara
Bolte da Silva**

Mitarbeiterin beim
Amt für Ausbildungs-
förderung des Studen-
tenwerks Paderborn

Foto: Kay Herschelmann

Eine Überzeugungstäterin

Im Moment befinden sich in meinem Büro Akten von mehr als 700 Fällen. Und das sind nur die Buchstaben A und B. Natürlich kann ich mir nicht jedes Gesicht merken – aber es gibt Fälle, die mir im Gedächtnis bleiben. Manchmal weinen Studierende, wenn sich ihre Eltern trennen, sie unter einer Krankheit leiden oder ihre Prüfungsleistungen nicht schaffen.

An diese Stelle bin ich gekommen, nachdem ich drei Jahre in Südamerika unterwegs war. Dass ich so viele Jahre bleiben würde, hätte ich damals nicht gedacht. Aber es passt alles. Die Arbeit macht mir Spaß.

An den Formularen könnte man schon etwas verbessern, die sind sehr kompliziert. Das hängt aber auch damit zusammen, dass das Gesetz so viele Feinheiten formuliert. Das Gesetz ändert sich ja auch laufend, es gibt neue Freibeträge oder neue Einkommensgrenzen. Dafür wird es für uns nie langweilig.

Am besten an meiner Arbeit gefällt mir der Kontakt zu den Studierenden. Viele möchten einen BAföG-Antrag stellen, haben aber noch viele Fragen. Andere müssen noch etwas nachreichen. Es fehlen Steuerbescheide, Einkommensunterlagen, Bescheinigungen. Und ich versuche dann, den Studierenden zu helfen. Möglichst unkompliziert.

Wir bekommen viel positives Feedback. Manche Studierende bedanken sich für die Hilfe oder dafür, dass das Geld immer so schnell kam. Manchmal schicken uns auch die Eltern Briefe. Mehr Lob kann es gar nicht geben.

Oft können die Studierenden gar nichts dafür, wenn die Unterlagen nicht vollständig sind. Bescheide sind verloren gegangen. Manchmal weigert sich auch ein Elternteil, uns die Angaben zu liefern. Dann werden wir aktiv, rufen bei Behörden an, sprechen mit den Eltern. Und hoffen, dass wir bald alles zusammenhaben, damit die Studierenden schnell ihr Geld bekommen.

Besonders hektisch ist es bei uns zwischen Juli und November, wenn die Studierenden ihre Anträge für das nächste Semester stellen. Dann geht die Tür nur auf und zu und einer nach dem anderen kommt herein, auch außerhalb der Sprechzeiten. Und wenn sie niemanden vorfinden, schieben sie ihren Antrag auch mal unter der Tür durch.

In den vergangenen Jahren hat sich die Arbeit sehr verändert. Früher haben wir ohne Computer gearbeitet. Auf den Formularen gab es Kästen, die wir mit Bleistift markiert haben. Die Formulare wurden dann gesammelt und zum Rechenzentrum geschickt. Es war alles sehr viel aufwändiger und komplizierter.

Zusammengestellt von Britta Mersch

Bürokratieabbau: einfach online zum BAföG

BAföG-Antragsteller sind häufig mit den seitenlangen Papieranträgen überfordert – Bürokratie, die auch bei den Beschäftigten in den Ämtern für Ausbildungsförderung für Unmut sorgt.

In dem Projekt „Einfacher zum Studierenden-BAföG“ haben Bundesregierung und Normenkontrollrat gemeinsam mit acht Ländern und 14 Ämtern für Ausbildungsförderung untersucht, wie Studierende einfacher und schneller an ihr Geld kommen können. Die Projektergebnisse zeigen deutlich, dass durch ein Online-Verfahren die Beantragung und Bearbeitung von BAföG erheblich vereinfacht und verkürzt werden kann. Eine echte „Win-Win-Situation“ für Studierende und Behörden.

Es überrascht also nicht, dass sich viele Studierende ein solches Verfahren wünschen. Auch die Ämter für Ausbildungsförderung sehen im Online-Verfahren eine wichtige Vereinfachung. Der Normenkontrollrat setzt sich dafür ein, dass die Bundesländer den Zugang zum BAföG erleichtern und den bürokratischen Aufwand reduzieren, indem sie den Studierenden die elektronische Antragstellung zeitnah ermöglichen.



Foto: picture-alliance/Erwin Elsner

Franz Schoser ist seit September 2006 Mitglied des Nationalen Normenkontrollrats (NKR) Der NKR berät die Bundesregierung zum Bürokratieabbau und hat 2010 das Projekt „Einfacher zum Studierenden-BAföG“ vorgestellt.



Foto: privat

Julian Wilckens, 26, studiert Jura in Münster

„BAföG ist eine super Sache und das mit den Anträgen ist gar nicht so schlimm, wie alle immer denken. Nur ist die festgelegte Regelstudienzeit oft fernab der Realität, sodass genau zur Examenzeit eine Finanzierungslücke entstehen kann.“



Foto: privat

Mareike Wegermann, 24, studiert Maschinenbau- und Umwelttechnik in Bochum

„Ich war immer glücklich, BAföG zu bekommen, denn ohne diese Unterstützung hätte ich mein Studium wahrscheinlich nicht finanzieren können. Außerdem hatte ich die wahrscheinlich häufigste BAföG-Beraterin, die es gibt.“

Glücklich mit BAföG

Zusammengestellt von Vanessa Dähn



Foto: privat

Oleg Gussev, 22, studiert Englisch und Russisch auf Lehramt in Kiel

„Es ist gut, dass es BAföG gibt. Ich würde mir nur wünschen, dass es sich stärker auf die Förderungsdauer auswirkt, wenn man sich ehrenamtlich an der Uni engagiert.“



Foto: privat

Katharina Fischer, 21, studiert in Potsdam Produktdesign

„Mit BAföG kann ich mich voll auf mein Studium konzentrieren, ohne nebenher jobben zu müssen – das ist echter Luxus!“

2001 April
Deutliche Verbesserungen für BAföG-Bezieher: Die Obergrenze für das Darlehen wird auf 10 000 Euro festgelegt. Das Kindergeld wird nicht mehr als Einkommen auf das BAföG angerechnet.

Fotos: ullstein bild: Camejo, CARO/Teschner (v.l.n.r.)

2005 April
Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU): „Niemand hat die Absicht, das BAföG abzuschaffen. Ein klares Ja zum BAföG, und ein klares Ja zu sozialverträglichen Studiengebühren.“



2006
Einführung von Studiengebühren in mehreren Bundesländern, flankiert von neuen Debatten über die Studienfinanzierung. Viele Studierende benötigen zusätzliche Studienkredite.

2008
Nach Jahren des Stillstands die überfällige BAföG-Erhöpfung: Bedarfssätze + 10 Prozent, Freibeträge + 8 Prozent.

2010 April
Bayern führt als erstes Bundesland den Online-BAföG-Antrag ein.



2010 Oktober
Das 23. BAföG-Änderungsgesetz mit der Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge tritt in Kraft. Die Bedarfssätze werden um 2 Prozent die Freibeträge um 3 Prozent erhöht.

**434 Euro
monatlich**

erhalten die geförderten
Studierenden im Durch-
schnitt

4

**Millionen
Menschen**

haben seit 1971 dank
BAföG studieren können

81%

der Geförderten sagen,
ohne das BAföG könn-
ten sie überhaupt nicht
studieren

65% des BAföG
bezahlt der Bund,
35% bezahlen
die Länder

**555 000
Studierende**

erhielten 2009 BAföG

670 Euro

beträgt der BAföG-
Höchstsatz



Deutsches Studentenwerk

Monbijouplatz 11
10178 Berlin
Telefon: 030 / 29 77 27-10
Telefax: 030 / 29 77 27-99
E-Mail: dsw@studentenwerke.de
www.studentenwerke.de

